



Einmal laut gedacht ...

Dietmar Möckel:

Bringt der Brüsseler Euro-Rettungsgipfel die Wende?

Kurz vor Weihnachten ist endlich den Regierungschefs der Euro-Länder ein Lichtlein aufgegangen und ein Silberstreif am Horizont des dunklen Finanzhimmels auszumachen. In einer kräftezehrenden Tagung, die nicht frei war von heftigen gegenseitigen Attacken, gelang der Durchbruch in einer zehnstündigen Nachtverhandlung.

Aber noch ist der Euro nicht über den Berg, er steht erst am Fuß eines hohen Gebirges mit tiefen Spalten und gefährlichen Schluchten, die diese Euro-Seilschaft jetzt zügig meistern muss, will sie den Gipfel erreichen. Führungsqualitäten und Geschlossenheit im Team sind gefragt, sonst droht der tiefe Fall.

Die Regierungschefs der 17 Euroländer und von neun weiteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich zu einem neuen Haushaltspakt durchgerungen.

Nach dem gemeinsamen Plan der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der von den Regierungschefs akzeptiert wurde, sollen nun verbindliche Schuldenbremsen und automatische Sanktionen für Defizitsünder gelten. Sie wollen damit den internationalen Finanzmärkten und Ratingagenturen zeigen, dass sie bereit sind, ihre Schulden abzubauen und zu sparen und sich strengen Regeln zu unterwerfen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Besuch bei Dorothee Bär im Deutschen Bundestag

In einem dicht gepackten Vier-Tagesprogramm vom 28.09. bis 01.10.2011 lernten Bürger aus Unterfranken den politischen Betrieb in Berlin kennen — und nicht nur das, sondern auch das infame System des Spitzelstaates „DDR“. Auf dem Bild die unterfränkische Abgeordnete zusammen mit zwei jungen Damen von der Jungen Union beim Fototermin, der einfach zu einer solchen politischen Bildungsreise dazugehört. Mehr Bilder und Eindrücke aus Berlin auf den Seiten 13 bis 15 hier in dieser Ausgabe!

Mellrichstadt

um eine Attraktion reicher

Das „Dokumentationszentrum Hainberg-Kaserne“ eröffnete jüngst seine Pforten, und auf dem Areal der Kaserne, die 2006 aufgelöst worden war. „Spiritus rector“ für das Projekt war OTL a. D. Gerd Höhn (Bild rechts bei seiner Eröffnungsansprache). Sein Konzept: Das Museum soll die Geschichte der Bundeswehr in Mellrichstadt und somit auch für die Zeit des Kalten Kriegs und danach dokumentieren. Höhn erhofft sich regen Zuspruch besonders auch von jungen Menschen. Mehr dazu (mit Bildern) auf S. 16!



Aus dem Inhalt:

S. 3: D. Möckel: Silberstreif am Horizont des dunklen Finanzhimmels?

S. 4: Was haben wir von Europa? Vortrag von Dr. Anja Weisgerber (MdEP)

S. 5: G. Arnold: Mehr Fragen als Antworten. 10 Jahre Anti-Terror-Kampf in Afghanistan

S. 7: Bericht vom 3. Wehrtechnischen Kongress des ASP

S. 10: Die NATO im Einsatz für die Vereinten Nationen – und die Bundeswehr war in Libyen indirekt dabei!

S. 11: G. Arnold: Mit der iranischen Atom-bombe leben?

Weiter in dieser Ausgabe:

- S. 3: D. Möckel: Silberstreif am Horizont des dunklen Finanzhimmels?
- S. 4: Was haben wir von Europa? Vortrag von Dr. Anja Weisgerber (MdEP)
- S. 5: G. Arnold: Mehr Fragen als Antworten. 10 Jahre Anti-Terror-Kampf in Afghanistan
- S. 6: W. Wulf: Die Welt braucht Europa und Europa braucht Deutschland. Thesenpapier
- S. 7: Bericht vom 3. Wehrtechnischen Kongress des ASP
- S. 8: Standortschließungen in Bayern und Herausforderungen für die wehrtechnische Industrie
- S. 9: Japan nach dem großen Beben. Vortrag des japanischen Generalkonsuls München Akira Mizutani
- S. 10: Die NATO im Einsatz für die Vereinten Nationen – und die Bundeswehr war in Libyen indirekt dabei!
- S. 11: G. Arnold: Mit der iranischen Atom-bombe leben?
- S. 12: Radioaktives Material auf dem Weg von Moskau nach Teheran
- S. 13 und 15: „Berlin live“ - Eindrücke von einer Bildungsfahrt nach Berlin
- S. 14: Das hässliche Berlin: Erinnerungen an bössartige Zeiten
- S. 16: Gerd Höhn und Mellrichstadts „Dokumentationszentrum Hainberg-Kaserne“
- S. 17: Gedenken der gefallenen deutschen Soldaten
- S. 17: Michail Gorbatschow mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis geehrt
- S. 18: Gerechtigkeit für Deutschland: Buchbesprechung von Ken Folletts „Sturz der Titanen“
- S. 19: Wolfgang J. Wulf: Der Grandseigneur des ASP- Kreisverbands Rhön-Grabfeld wurde 80
- S. 20: Termine / Impressum
- S. 21: Wer wir sind / Beitrittsformular



Auf ein Wort

Europa – unsere Schicksalsfrage

Ohnmächtig scheinen die politischen Verantwortlichen vor der europäischen Schulden- und Finanzkrise zu stehen. In immer kürzeren Abständen folgen die Gipfeltreffen, ohne dass die bisherigen Maßnahmen Unsicherheit und Misstrauen an den Finanzmärkten hätten beseitigen können. Man muss kein Anhänger von Untergangsszenarien sein, um nicht Sorge über den künftigen Weg Europas zu verspüren. Die immer düsterer klingenden Erklärungen fast aller politischen Akteure signalisieren in kassandra-artiger Weise, wie grundsätzlich und tiefgreifend für den Zusammenhalt Europas die aktuelle Krise ist. Nun ist starke Führung gefragt – nur, worin soll sie bestehen? Zu allererst in einer festen Überzeugung für ein geeintes, starkes Europa, das sich im Konzert der etablierten oder sich gerade bildenden Weltmächte und -gruppierungen behaupten kann.

Diesen außen- und sicherheitspolitischen Ansatz als Voraussetzung für Frieden und Wohlstand gilt es durch den ASP stets in den Vordergrund der Diskussion stellen, deshalb muss kleinliches Pochen auf nationale Souveränitätsrechte mit Augenmaß und auch der Bereitschaft zu deren Einschränkung betrieben werden. Konservativ sein bedeutet manchmal zu langes Festhalten

am bisher Bewährten, übersieht dabei die nie endenden Veränderungen um uns herum. „Wer sich nicht verändert, wird verändert“ – dieses Stoiber-Wort gilt heute mehr denn je. Die Fähigkeit zu großen, neuen Lösungen, aber auch zum Kompromiss wird sehr gefragt sein. Wie immer man aus der Krise herauskommen wird – was seit dem Zweiten Weltkrieg an europäischer Einigung geschaffen wurde, darf nicht auf dem Altar der Renationalisierung geopfert werden. Ziel sollte eher eine föderativ gegliederte „Europäische Union“ sein – man könnte sie auch die „Vereinigten Staaten von Europa“ nennen.

Dass heutzutage eine deutsch-französische Achse (l'axe autour duquel se tourne l'Europe – wie die Franzosen mit echter Kooperationsbereitschaft sagen) existiert und der Motor der Entwicklung ist, das darf auch uns Deutsche mit großer Befriedigung und ein wenig Stolz erfüllen. Diese bilaterale Beziehung sollten wir weiterhin mit aller Kraft intensivieren, nicht nur durch die hohe Politik, sondern genauso durch die gesamte Gesellschaft. Europa erwartet diese Führung und ist bereit sich ihr anzuschließen. Ohne Opfer für jedes einzelne Mitglied wird es nicht gehen – am Ende aber sollten wir geeinter und gestärkter aus dieser Krise hervorgehen, in der Hoffnung, ein europäisches Bewusstsein zu schaffen, ohne unsere nationalen Identitäten aufgeben zu müssen. Für die kommenden Generationen von Europäern wird diese Vision sicherlich eine Selbstverständlichkeit sein.



Allen unseren Freunden und Lesern wünscht die ASP-Kurier-Redaktion ein gesegnetes, frohes Weihnachtsfest und erholsame Festtage. Und das neue Jahr möge Ihnen allen Glück, Freude, Zufriedenheit und Erfolg bescheren. In der Hoffnung, dass die großen politischen Rahmenbedingungen für unser Vaterland und für unser Europa im neuen Jahr eine friedliche, gedeihliche Entwicklung nehmen, grüßt Sie herzlich, stellvertretend für die ganze Redaktion,

Ihr Fred Rautenberg

Dietmar Möckel:

Silberstreif am Horizont des dunklen Finanzhimmels?

(Fortsetzung des Kommentars von Seite 1)

Auch die Euro-Bonds sind damit vom Tisch, dafür will aber die EU, gegen den Widerstand Deutschlands, die Grundlage für einen weiteren Aufkauf von defizitären Staatsanleihen durch die europäische Zentralbank schaffen. Die Einbindung von Banken und Versicherungen war bei Griechenland ein Reinfluss und wird deshalb fallen gelassen. Mit diesen längst überfälligen Schritten, nach monatelangem Taktieren, Lavieren und Manövrieren, wird endlich ein deutliches Zeichen gesetzt, das in Richtung auf ein Mehr an Europa weist.

Dieser Beschluss ist zugleich ein Eingriff in die Budgethoheit der Mitgliedsländer, und somit auch ein Verzicht auf Souveränität. Für den britischen Premierminister David Cameron undenkbar, einem solchen Vertrag seine Zustimmung zu geben. Ist doch

Durch das Nein der Briten ist leider die von Angela Merkel favorisierte Änderung des Lissaboner EU-Vertrages gescheitert. Nun muss die, wie sie sagt, zweitbeste Lösung, ein völkerrechtlicher Vertrag, geschlossen werden.

Damit sind zwar die Briten außen vor und auch die EU-Kommission und das EU-Parlament dürfen nicht hineinreden, aber ob die zukünftigen monatlichen Treffen der 17 Euro-Staaten deswegen reibungslos ablaufen, muss sich noch erweisen. Nach Merkels Aussage sollen auch die noch Nicht-EURO-Länder, die den Vertrag ebenfalls unterzeichnen, an den Treffen teilnehmen dürfen.

Dieses Zugeständnis geht vor allem an die Adresse Polens, das als Nicht-EURO-Land Angst vor einer Abkoppelung hat und befürchtet, es könnten sich zu Ungunsten Polens exklusive Struk-

nicht nur bei 90 konservativen Hardlinern im Parlament, sondern auch bei Teilen der Bevölkerung eine kritische bis ablehnende Haltung zur EU zu verspüren. Die britische Bindung an die USA und ihre anhaltenden Bemühungen um die ehemaligen Commonwealth-Staaten ist stärker, als mit den Europäern in schwierigen Zeiten zusammenzustehen. Nutzen doch die Briten sehr gerne die wirtschaftlichen Vorteile der EU und hatten bisher fast immer für sich Sonderregelungen erlangt. Beim letzten EU-Gipfel platzte Sarkozy der Kragen und er kanzelte Cameron, alle Grundsätze feiner französischer Diplomatie beiseite schiebend, vor der ganzen Versammlung wegen seiner ständigen Kritik an Europa und am Euro in derber Ausdrucksweise regelrecht ab. Vielleicht war das Nein von Cameron zur Vertragsänderung auch eine Retourkutsche an Sarkozy? Schadenfreude, dass

turen unter den 17 Euro-Ländern herausbilden, die zu einer vertieften Spaltung der EU und zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten führen. Ob und wie weit diese Länder ein Stimmrecht bekommen sollen oder wollen, wird noch zu klären sein.

Merkel und Sarkozy haben durch ihre harte und energische Haltung massiven Druck auf die Euro-Länder gemacht. Ohne diesen Druck hätte es dieses Ergebnis nicht gegeben, und auch das Damoklesschwert der nicht unumstrittenen Ratingagenturen, ihre Bewertungen für die Euro-Länder drastisch herabzustufen, hat vermutlich mit zum Erfolg beigetragen. Eine deutliche Erleichterung unter den Politikern ist zu spüren, denn der Euro stand am Rande des Abgrundes.

Nun macht bekanntlich eine



Dietmar Möckel, Mitglied des ASP-Redaktionsstabs

die Briten sich vermutlich selbst ein Bein gestellt haben, ist nicht angesagt, daher ist es richtig, Ihnen nicht die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

(Weiter links unten!)

Schwalbe noch keinen Sommer, und genau so ist der Gipfelbeschluss zu werten. Er zeigt zwar, dass die Länder zusammenstehen wollen, und das ist ein gutes Signal für unser Europa, aber die harte Arbeit kommt erst jetzt, wenn es an die Vertragsratifizierung geht. Hier steht vor allem die Bundeskanzlerin gegenüber ihren deutschen Landsleuten in der Pflicht, die nach der jüngsten Umfrage mehrheitlich den Gipfelergebnissen misstrauen und die noch nicht davon überzeugt sind, dass damit die Währungsunion und der Euro gerettet sind.

Wenn jetzt jemand glauben sollte, dass der Euro über den Berg sei, der muss enttäuscht werden. Dieser Gipfelbeschluss hat nichts zur Lösung der derzeitigen Finanzmisere in Griechenland beigetragen.

(Fortsetzung nächste Seite!)

Dietmar Möckel:
Silberstreif am dunklen Horizont des Finanzhimmels
(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Zugleich nähern sich Länder wie Italien, Spanien und Portugal immer mehr griechischen Verhältnissen. Der Gipfelbeschluss ist zukunftsgerichtet und kann erst richtig wirken, wenn die Krisenländer wieder Tritt gefasst haben. Wie das funktionieren soll, dazu hat die Politik noch keine überzeugende Antwort gefunden. Trotz Wechsel der Regierungschefs in Griechenland und Italien will von diesen Ländern z. Zt. niemand Staatsanleihen kaufen.

Nicht nur von der politischen Seite der EU, wie von Kommissionspräsident Barroso oder der polnischen Ratspräsidentschaft, die bisher sehr wenig zum Bewältigen der Krise beigetragen

haben, kann noch der eine oder andere Querschuss kommen, auch von juristischer Seite werden schon die ersten Bedenken laut. Der CDU-Europa-Abgeordnete Elmar Brok hält solch einen Sondervertrag für rechtswidrig, weil die Währungsunion bereits Bestandteil der EU-Gemeinschaftspolitik sei. Außerdem sei es nicht zulässig, wie es der Bundeskanzlerin vorschwebt, für Kontrollen der nationalen Schuldenbremsen oder für Verfahren gegen Defizitsünder Organe der Gemeinschaft zu betrauen. Die Briten könnten diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung machen. Ist nur zu hoffen, dass Bundesfinanzminister Schäuble mit seiner Vermutung, dass die Briten doch noch beitreten werden, Recht behält.

Nun gilt es mit dem Bestreben, den Euro wieder zu einer krisenfesten Währung zu ma-

chen und das verlorengewonnene Vertrauen in die Euro-Länder zurückzugewinnen, nicht nachzulassen. Vor allem aber geht es um die Glaubwürdigkeit unserer politischen Führung bei den Menschen, diese hat in den letzten Monaten stark gelitten. Hier ist entschiedenes und überzeugendes Handeln gefragt, nur dann wird es gelingen die Menschen auf dem Weg nach einem Mehr an Europa mitzunehmen. Wir brauchen dieses stärkere Europa in naher Zukunft, wenn wir uns in der Welt behaupten wollen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, den aufstrebenden asiatischen Wirtschaftsmächten China und Indien sowie Russland und Lateinamerika. Kein europäisches Land ist dazu allein in der Lage. Lassen wir uns nicht ins Abseits drängen, bündeln wir unsere Kräfte zu unser aller Wohl!

(Zurück zu Seite 2)

Was haben wir von Europa?

Dr. Anja Weisgerber (MdB) gab bei der Frauenunion (FU) Bad Neustadt detailliert Auskunft

Kaum jemand anderes hätte so gut auf die Frage nach dem Nutzen von Europa so kompetent Auskunft geben können wie die unterfränkische Europa-Abgeordnete Dr. Anja Weisgerber bei der FU in Bad Neustadt. Die in vielen EU-Ausschüssen tätige Schwabheimerin sagte, die EU sei ein Raum für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Noch nie habe es in Europa einen so langen Zeitraum des Friedens gegeben, ohne die EU sei auch die deutsche Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. In die EU als größter Wirtschaftsraum der Welt gehen mehr als 60 % der deutschen Exporte, jeder fünfte bis sechste Arbeitsplatz in Deutschland hänge von diesem Binnenmarkt ab.



Und Bayern verdiene mehr als die Hälfte seines Bruttoinlandsprodukts durch Exporte in die Länder der EU. Die europäischen Nationen seien untereinander ausgesöhnt und es herrsche Freizügigkeit, so dass Reisen, Arbeitsplatzwahl und geschäftliche Niederlassungen ohne weiteres möglich sind.

Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen bei uns können wir uns in der Rivalität mit Nationen wie den USA, China, Indien nur behaupten, wenn wir den engen Zusammenschluss suchen. Nur so können wir ein gewichtiges Wort mitreden, z. B. in der WTO oder bei den G-20-Staaten, nur so haben wir eine Chance, unsere Interessen weltweit zu Gehör zu bringen und auch durchzusetzen.

Europa ist auch unumgänglich, wenn es um die Lösung von grenzüberschreitenden Problemen geht. Weisgerber zählte auf: Klima- und Hochwasserschutz, Luftverschmutzung, grenzüberschreitende Kriminalität, Datenschutz, Kampf gegen Kinderpornografie

und die strengere Regulierung der Finanzmärkte können wir nur gemeinsam in Angriff nehmen. Auch die Eurokrise könne nur gemeinsam bewältigt werden.

„**Scheitert der Euro, scheitert Europa**“, warnte die Abgeordnete. Finanzhilfen und Garantien für die betroffenen Länder und Banken dürfen nur unter strengen Auflagen erfolgen.

Die Europa-Abgeordnete konkretisierte weitere Vorteile, die wir durch die Europäische Union haben. Der harmonisierte europäische Binnenmarkt mache auch ein hohes Verbraucherschutzniveau mit europaweiten Standards erforderlich. Das betrifft vor allem auch die Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Dr. Weisgerber setzt sich sehr für das Leitbild des „mündigen Patienten“ ein, ihr Ziel ist, dass dem ratsuchenden Patienten auch im Internet eine zuverlässige Gesundheitsplattform geboten wird.

(Zurück zu Seite 2)



Gerhard Arnold: Mehr Fragen als Antworten 10 Jahre Anti-Terror-Kampf in Afghanistan

Am 7. Oktober 2001 begannen die USA mit Unterstützung Großbritanniens den allgemein erwarteten militärischen Antiterror-Einsatz in Afghanistan. Ziel war die Zerstörung der Basen von Al Qaida, die sich im Südosten des Landes festgesetzt hatten. Dort saß nicht nur die Führung dieser islamischen Terrororganisation mit ihrer Kommunikationszentrale und Osama bin Laden als unbestrittenem Führer, dort waren auch die Ausbildungslager und viele Kämpfer.

EKD-Synode tat sich schwer

Die EKD-Synode tat sich am 8. November 2001 auf ihrer Tagung in Amberg sehr schwer, eine eigene, kirchliche Position zum amerikanisch-britischen Kampfeinsatz zu finden. Sie stellt in ihrer ausführlichen Erklärung fest, dass die militärische Terrorbekämpfung nur als „ultima ratio“ (äußerstes, letztes Mittel) statthaft sei. Sie spricht sich für eine „internationale Polizei-Streitkraft der Staatengemeinschaft“ aus, die Verantwortung für die Durchsetzung von Recht und Frieden auch in jenen Regionen

Mehr Fragen als Antworten

Erfolge und Misserfolge beim Kampf gegen Al Qaida und nachfolgende Konfliktverschiebungen zeigen im Rückblick, wie unmöglich es war, die anfängliche Problemlage richtig zu verstehen und richtig zu reagieren. Den USA ist es recht schnell gelungen, den Führungsbereich von Al Qaida, die Ausbildungslager und das Bunkersystem bei Tora Bora nachhaltig zu zerstören. Die Terrororganisation ist seitdem zu hochkomplexen Groß-Anschlägen nicht mehr fähig gewesen. Aber dem verwundeten Drachen sind viele kleine Köpfe nachgewachsen. Al Qaida wich zunächst nach Pakistan aus und konnte sich von dort aus globalisieren. Das war 2001 nicht in Ansätzen absehbar.

Hätten sich die USA darauf beschränken sollen, nur Al Qaida im Südosten Afghanistans militärisch zu zerschlagen und sich dann wieder zurückzuziehen? Diese Frage kann man heute stellen, aber dann wäre das Taliban-Regime mit seinem Mittelalter-Islam an der Macht geblieben, würde die Bevölkerung weiter unterdrücken und das Land im Zustand bitterster Armut gefangen halten.

Aus dem Antiterrorereinsatz lernen

Kirchliche Besserwisserie ist allerdings fehl am Platz. Der islamische Terroris-

übernehmen solle, „die durch den vollständigen Verfall staatlicher Strukturen im Chaos zu versinken drohen.“

Einvernehmlich forderten die Synodalen:

„Insbesondere fragen wir,
- ob alle anderen, vorrangigen Mittel hinreichend ausgeschöpft sind,
- ob der Waffeneinsatz vertretbar und verhältnismäßig ist angesichts der entstehenden Verluste an Menschenleben und der nachhaltigen Zerstörung der Lebensgrundlagen,
- ob dieses Vorgehen zum Erreichen eines Friedens ohne neue und weitere Konflikte und Opfer geeignet ist oder ob es vielmehr die Stabilität der Region gefährdet und Gegensätze zwischen der westlichen Welt und dem Islam verschärft.“

Uneinig waren sich die Synodalen, wie sie in der Erklärung ausführten, ob die Antiterror-Operation seit dem 7. Oktober als vertretbar gelten könne.

mus und die Al Qaida-Netzwerke der nächsten Generation sind nämlich eine so große und bisher einmalige Bedrohung der internationalen Sicherheit gewesen, dass es keine Blaupausen zu ihrer Bekämpfung gegeben hat. Übermaßreaktionen sind von Übel gewesen. Viele zivile Opfer bei Luftangriffen und der Krieg im Irak haben den Terroristen neue Kämpfer zugeführt. Dennoch hat der Blutausch des islamischen Terrors inzwischen erheblich an Suggestivkraft verloren.

Die militärische Karte gegen diesen Terrorismus hat sich insgesamt als wenig wirksam erwiesen, aber nicht nur gegen ihn, auch gegen Bürgerkriege in Europa (früheres Jugoslawien), in Afrika (Sudan, Somalia) und das Saddam-Regime im Irak. Die Konfliktlagen in den jeweiligen Regionen sind oft so

Der Beitrag von Gerhard Arnold ist ursprünglich in der Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ des EAK der CDU / CSU in der Ausgabe Nov./Dez. 2011 unter derselben Überschrift erschienen.

Seit Januar 2002 bis Juni 2011 wurden beim Einsatz in Afghanistan 52 Bundeswehr-Soldaten getötet, davon sieben im Jahr 2011 — die Verletzten nicht berücksichtigt. Aus: *Bundeswehr.de* — „Todesfälle im Auslandseinsatz“

Bild rechts: Deutsche Soldaten beim Verabschiedungsappell in Bad Salzungen am 09. Juni 2006

Berechtigte Fragen und neue Entwicklungen

Seit 1999 bemühte sich der Weltsicherheitsrat, die Al Qaida in Afghanistan durch politischen Druck auf die Talibanregierung auszutrocknen, vergebens, wie man gesehen hat. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit des Waffeneinsatzes gegen die Al Qaida und dann auch gegen die Talibanregierung berührt in der Tat einen ganz heiklen Punkt der damaligen Operationsführung, die Tötung Unbeteiligter durch die vielen Luftangriffe. Es hat zu viele zivile Opfer gegeben, muss man jetzt sagen, und verbunden damit, sehr viel Hass auf die USA, die ja Befreier sein wollten.

Die dritte Frage nach dem Friedensziel des Antiterrorereinsatzes und nach der Stabilität in der Region hat sich als die aller-schwierigste erwiesen.

(Weiter links unten)

komplex, dass sie rational nicht aufgelöst und mit militärischen Mitteln nicht friedensfördernd bearbeitet werden können. Aber auch rein zivile Aufbaumaßnahmen wie in Haiti können scheitern.

Einen Antiterror-Kampf wie gegen Al Qaida in Afghanistan wird es nicht mehr geben. Dazu fehlt inzwischen das Geld und die politische Unterstützung in den westlichen Staaten. Die Kirchen werden sich in ihrer Friedensethik auf eine Welt mit mehr Chaos, mit mehr Gewalt, mit verschiedensten Bedrohungen von den neuen Atomwaffenstaaten (Nordkorea, bald auch der Iran) bis zur neuen Weltfinanzkrise und den unabsehbaren Verläufen der arabischen Rebellion einstellen müssen. 10 Jahre nach dem 7. Oktober 2001 ist die Welt unsicherer und unfriedlicher geworden. Wahrscheinlich wäre das auch ohne Al Qaida geschehen.

(Zurück zu Seite 2)



Wolfgang J. Wulf

DIE WELT BRAUCHT EUROPA UND EUROPA BRAUCHT DEUTSCHLAND

Ein Thesepapier

Vorbemerkung des ASP-Kuriers: Wolfgang Wulf hatte einen ausführlichen Artikel zu dem oben genannten Thema verfasst und am 08.12.2011 im „Rhön- und Streuboten“ in Mellrichstadt veröffentlicht. Aus Platzgründen fasst der ASP-Kurier diesen Artikel thesenartig zusammen und stellt ihn den Lesern hiermit zur Diskussion.

Wolfgang Wulf:

– Europa hat seit über 200 Jahren Weltgeltung in Anspruch genommen. Dieser Einfluss auf das Weltgeschehen muss auch in unserem Jahrhundert seine Gültigkeit behalten!

– Wir haben dazu die Verpflichtung, ein vereintes und starkes Europa zu schaffen. Für die anstehenden Probleme sind Lösungen zu finden, denn wir sind für die Zukunft unserer Kinder verantwortlich.

– Warum brauchen wir ein vereintes Europa? Es werden sich zukünftig die Gewichtungen der wirtschaftlichen und politischen Einflüsse stark verschieben. Diese Veränderungen finden weltweit statt.

– Ein anspruchsvolles Ziel sind die „Ver-

– Unsere Währungsunion in der Eurozone ist nicht überfordert, sondern sie ist gefordert!

– Manche fordern: Milliardenschulden sollen einfach mit der Geldpresse weggedrückt werden. Es müssen aber wieder ethische Kriterien in den Systemen und Organisationen verankert werden, und dabei sind allerdings alle gefordert.

– Eisern zu sparen, ist der richtige Weg.

– Der Kapitalismus ist auch noch nicht am Ende, selbst wenn der westliche Zeitgeist „antikapitalistische Kreuzzüge“ veranstaltet.

– Der Politik – besonders den konservativen Parteien – muss es wieder gelingen, aus dem reichen Erbe der nationalen Kultur und Geschichte zu schöpfen, Bewährtes zu nutzen und Traditionen zu pflegen, überlieferte und dauerhafte Ordnungen in die Systeme einzubauen und christliche Werte zu schätzen und zu schützen. Diese Werte sind es, welche in der heutigen Zeit zu oft vergessen werden.

– In den nächsten 40 Jahren muss für die stark anwachsende weltweite Bevölkerung so viel an Nahrung produziert werden, wie in den letzten 3000 Jahren zusammen verbraucht wurde. Dies wird große Probleme auslösen. Diese Mengen

einigten Staaten von Europa“, doch diese könnten den Anforderungen, welche die globalisierte Welt an uns stellt, gerecht werden. Europa braucht jetzt einen Sprung nach vorn. Es werden nicht gerade „Blut und Tränen“ fließen, aber Schweiß und Verzicht werden der Bevölkerung abverlangt werden.

– Das Ziel, ein vereinigtes Europa zu gestalten, wird nicht in einem großen Schritt möglich sein, sondern es sind viele Einzelmaßnahmen und Etappenziele notwendig. Selbst bei plötzlichen notwendigen Veränderungen darf die Zielrichtung nicht verloren gehen. Die Etappenziele sind mit dieser Strategie stets Zwischenziele mit Weitblick.

– Warum Europa stärker wird, wenn die nationalen Regierungen von ihrer Souveränität einen Teil ihrer Macht abgeben, ist für den Bürger nur erkennbar, wenn er umfassend informiert wird. Das Ziel des vereinten Europas muss den Menschen erklärt

an Lebensmitteln müssen hergestellt werden, und das bei einer weltweiten Bodenfläche, welche nicht nach Belieben vergrößert werden kann. Es gibt wie so oft nur die Lösung, Wachstum zu schaffen und die Effektivität in den Arbeitsprozessen zu vermehren.

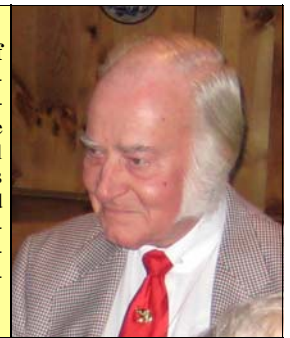
– In diesem Zusammenhang ist auch die Genforschung zu sehen.

– Die Wassermengen, welche 2050 gebraucht werden, stehen noch gar nicht zur Verfügung. Kriege zu führen, um Wasser zu bekommen, können wir uns aber nicht mehr leisten.

– Der Zugang zu Rohstoffen verlangt nach globaler strategischer Kooperation. Es gibt viele Gründe, warum ein vereinigtes Europa ohne Russland noch größere Schwierigkeiten bei den Problemlösungen hätte. Die deutsche Wirtschaft plant deshalb schon jetzt mit Putin eine engere Zusammenarbeit für die Zukunft (2011: 70 Mrd. Dollar), und das Gasgeschäft ist hierbei ein guter Anfang dieser Verbindung.

– Wir in Europa müssen uns darauf einstellen, dass auch die Menschen außerhalb Europas eine Lebensqualität fordern, wie wir Europäer sie für uns in Anspruch nehmen.

Wolfgang Wulf feierte jüngst seinen 80. Geburtstag. Vgl. Sie dazu den Artikel auf S. 19, wo das Vorstandsmitglied im ASP-KV Rhön-Grabfeld eine ausführlichere Würdigung erfährt.



werden, einfach, verständlich und in Bildern.

– Die Regierungsparteien müssen z. B. die Einzelmaßnahmen der Kanzlerin verständlich erklären, dass es sich etwa bei den Ergebnissen der „G-20“ oder dem Aufbau des Rettungsfonds der „EFSF“ nur um Etappenziele auf dem Weg zum Endziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ handelt.

– Europa ist verpflichtet, mit der Demokratie respektvoll umzugehen. Wir brauchen keine Panikmacher, welche unsere Demokratie auch noch zum Selbstbedienungsladen machen. Unsere demokratischen Leitlinien sind nicht aufgehoben, sondern sie wurden durch unsere Regelverstöße nur geschwächt.

(Weiter links unten!)

– Die Entwicklungshilfe, eine Form der Hilfe, müsste in ihrer Struktur der Abwicklung verändert werden. Die Entwicklungshilfe sollte nur noch projektgebunden und mit einem Kontrollsystem über den gesamten Projektverlauf versehen sein. Die Landwirtschaft sollte als Empfänger dieser Hilfe stets bevorzugt werden, nicht die Industrie. Es werden High-Tech-Gewächshäuser in der Dritten Welt benötigt und nicht kostspielige industrielle Großanlagen.

– Wir brauchen eine sachorientierte Politik und eine mutige Gesellschaft, damit der Bau eines vereinten Europas gelingen kann.

– Das ist notwendig, damit Europa handlungsfähiger gemacht wird, wenn es weiterhin Akteur und nicht Objekt werden will. Es muss sich der Verantwortung stellen für den Umweltschutz, gegen den Hunger, die Armut und Krankheit, für die Abrüstung und gegen Terrorismus.

– Deutschland ist für einen globalen Alleingang zu klein, für einen europäischen Alleingang aber zu groß. Die globale Welt braucht Europa, Europa braucht Deutschland, wir sind alle Partner.

(Zurück zu Seite 2)

Die wehrtechnische Industrie

Probleme und Möglichkeiten eines deutschen Spitzen-Industriezweigs

Bericht vom 3. Wehrtechnischen Kongress des ASP

Unterschleißheim. (frr) Um Leistungsvermögen und Sorgen der deutschen und besonders der bayerischen Rüstungsindustrie ging es beim 3. Wehrtechnischen Kongress in Unterschleißheim. Damit auch um das Verhältnis dieses bedeutenden Spitzenindustriebereichs zur Politik und zur Bundeswehr als ihrem Referenzkunden. Und es ging um den Export deutscher Rüstungsgüter, ohne den die wehrtechnische Industrie nicht überleben könnte.

Der Außen- und Sicherheitspolitische Arbeitskreis der CSU hatte bereits zum wiederholten Mal ins Hotel „Dolce“ eingeladen.

Dort wurde am 18. November 2011 den mehr als 250 Teilnehmern wieder ein angemessener Tagungsrahmen geboten. Das Podium zu dem dritten Kongress dieser Art war mit hochka-

rätigen Persönlichkeiten besetzt. Die Gesamtorganisation lag in den Händen des ASP-Ehren-Vorsitzenden Hans Raidel. Dieser eröffnete auch den Kongress, nachdem der Landesvorsitzende des ASP, Staatssekretär Christian Schmidt, zuvor in einem Nebensaal die Gäste willkommen geheißen hatte.



Christian Schmidt, ASP-Landesvorsitzender und Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, bei seinen Ausführungen während des 3. Wehrtechnischen Kongresses des ASP in Unterschleißheim

„Für Träumereien ist nirgendwo Platz“

In seinem Eingangsstatement sprach Raidel u. a. an, dass zwar die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bei allen rüstungspolitischen Maßnahmen im Mittelpunkt stehen muss, doch er stellte auch fest: „Für Träumereien ist nirgendwo Platz“, und das sei durch die beschränkte Finanzlage bedingt.

Für die Politik werde es immer schwerer, in neue Projekte zu investieren, und selbst bereits laufende Projekte können oft nur eingeschränkt fortgeführt werden.

Er stellte in Frage, ob durch den Personalabbau bei der Bundeswehr neue finanzielle Freiräume für den Staat erwachsen. Weniger Soldaten brauchten zwar auch weniger Rüstungsgüter.

(Weiter links unten!)

Damit komme dem Export für die deutsche wehrtechnische Industrie eine immer größer werdende Bedeutung zu. Raidel forderte, dass Kern- und Systemfähigkeiten der wehrtechnischen Industrie für unser Land erhalten bleiben müssen. Bayern sei schon lange ein Hort innovativen Knowhows. Für die CSU versprach Raidel auch, dass diese Partei sich für Planungssicherheit für die wehrtechnischen Betriebe einsetzen wird.

Die Bundeswehr bleibt der Hauptauftraggeber

Christian Schmidt erweiterte den damit abgesteckten Rahmen und stellte die Rüstungspolitik in das globale Umfeld.

Die weltpolitische Lage sei gekennzeichnet durch den „Abschluss des Übergangs“ und „das Aufschlagen eines neuen Kapitels“ der weltweiten Entwicklungen. Es sei schwerer heute als noch vor 20 Jahren, „für die Unsicherheit der Zukunft ... sich zu wappnen.“ Der „arabische Frühling“ mache deutlich, dass wir uns jetzt auch

auf regional näher liegende Szenarien einstellen müssten. Das vernetzte Denken in Fragen der Sicherheitsvorsorge müsse künftig „buchstabiert“ werden. Die Steuerung von Krisen, das Gewinnen von Informationen sei auch eine technische Aufgabe, zu der wir nicht reflexartig die Diskussion verweigern dürfen. Für die Bundeswehr sei „post Afghanistan“ mit neuen Einsätzen zu rechnen. Auch eine

verkleinerte Bundeswehr werde darum für die einheimische wehrtechnische Industrie der Hauptauftraggeber bleiben.

Im Sinne von „sharing and pooling“ sollten die Ressourcen mit den europäischen und transatlantischen Partnern gebündelt werden, etwa durch die Koordination der verschiedenen nationalen Verteidigungsmöglichkeiten, auch im Sinne eines gemeinsamen Beschaffungsmarktes.

Da sei noch viel Optimierungspotenzial vorhanden, und dazu brauche die Politik auch die Unterstützung der wehrtechnischen Industrie. Es sei im gemeinsamen Interesse Deutschlands, seiner Bundeswehr und auch der wehrtechnischen Industrie, im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Bei der Produktion der Rüstungsgüter solle man „die Überschüsse in ein anderes Feld bringen“, was wohl besagt, dass man sie exportieren solle. Dazu müsse man intensiv miteinander reden, und das sei mehr als ein bloßer „Kaffeeklatsch“.

(Zurück zu Seite 2)



Geladene Gäste vom ASP-BV Unterfranken: Links Ulrich Bucher, Bezirksvorsitzender und stellv. Landesvorsitzender, Karl-Heinz Mehling und Dietmar Möckel vom ASP-KV Würzburg. Nicht auf dem Bild: Fred Rautenberg, der auch geladen war.

Standortschließungen in Bayern und Herausforderungen für die wehrtechnische Industrie Politiker und Firmenvertreter bezogen Stellung

Beim 3. Wehrtechnischen Kongress des ASP kamen in Unterschleißheim auch Politiker und Firmenvertreter zu Wort. MdL Thomas Kreuzer vertrat die Bayerische Staatsregierung als der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei. Logischerweise ging er in dieser Funktion auch auf die neuesten Bundeswehr-Standortschließungen in Bayern ein und versprach den betroffenen Gemeinden die Unterstützung der bayerischen Staatsregierung. Und er versprach, jeden der betroffenen

Standorte persönlich zu besuchen. Oberstes Gebot sei, den Gemeinden im engen Dialog Planungssicherheit zu verschaffen. Auch der Bund sei diesbezüglich in der Pflicht. Auf die bayerische wehrtechnische Industrie blickte er mit Stolz: 35 Prozent der deutschen wehrtechnischen Industrie seien in Bayern angesiedelt mit 20 000 Beschäftigten in wehrtechnischen Weltfirmen und innovativen Betrieben des industriellen Mittelstands. Von der Bundesregierung

forderte Kreuzer Unterstützung, dass die deutsche wehrtechnische Industrie im internationalen Wettbewerb bestehen könne, damit auch Kernkompetenzen nicht unwiederbringlich verloren gehen.

Wehrtechnische Industrie – politische Industrie

Professor Rudolf Schwarz sprach als Vertreter der „Industrieanlagen Betriebsgesellschaft“. Die wehrtechnische Industrie ist nach seinem Verständnis eine in hohem Maße politische Industriebranche, die sich jetzt neuen Herausforderungen stellen muss. Sicherheit zu produzieren sei nicht einfach eine Frage der Personalstärke der Bundeswehr; mit Bedrohungen wie Terrorismus, Naturkatastrophen, Cyberwar usw. seien ganz andere und z. T. neue Herausforderungen verbunden. Von der wehrtechnischen Industrie werden schnelle, flexible und qualitativ hochwertige Produktanpassung an diese Sicherheitslage verlangt, sie müsse einen Spagat bewältigen zwischen kurzfristigen Fähigkeiten und der nachhaltigen Entwicklung neuer wehrtechnischer Produkte — in einer „Kultur von *in time*, *in cost* und *in quality*“. Unsere Soldaten und die zivilen Unterstützer hätten einen Anspruch auf die jeweils beste Ausrüstung. Das sei mit erheblichen und auch konfliktträchtigen Ansprüchen verbunden.

(Weiter links unten!)



Das Podium beim 3. Wehrtechnischen Kongress: V. l. n. r.: Detlef Selhausen, Ministerialdirektor im Verteidigungsministerium; Klaus Sander, Vorsitzender der Geschäftsführung Rheinmetall MAN Military Vehicles; Peter Schlote, CEO von Tesat Spacecom; Gesprächsleiter Florian Hahn (MdB), Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags. Hinten Hans Raidel am Pult.

Das stelle eine Herausforderung für die wehrtechnische Industrie dar. Dahinter stünden „harte unternehmerische Entscheidungen“, u. U. bis zur Entlassung von Mitarbeitern.

Der Erfolg der wehrtechnischen Industrie steht nach Prof. Schwarz auf vier „Säulen“: auf der Exzellenz der wehrtechnischen Produkte, auf der Konvergenz von innerer und äußerer Sicherheit und dem entsprechenden wehrtechnischen Produkten, auf der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und auf der Kooperation von Politik, Wirtschaft und wissenschaftlicher Forschung. Dies gewährleistet, dass Deutschland auch in Zukunft international ein gleichberechtigter Partner sein kann. Auf diese Weise liefert die wehrtechnische Industrie einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Souveränität, und darum sollten alle beteiligten Akteure zum Erhalt und der Stärkung dieser Industriebranche ein gemeinsames Modell verfolgen. Schwarz schlug vor,

ein „Anwendungszentrum“ für Fragen der Sicherheit und des Krisenmanagements zu schaffen.

Wie die Rüstungsindustrie die Lage sieht

Nach der Mittagspause hatten weitere Persönlichkeiten Gelegenheit, in einer von MdB Florian Hahn geleiteten Podiumsdiskussion ihre Standpunkte zu erläutern. Staatssekretär Christian Schmidt ließ keinen Zweifel, dass auch der Verteidigungshaushalt zur Konsolidierung des Bundeshaushalts beitragen muss,.

Klaus Sander, Vorsitzender der Geschäftsführung bei „Rheinmetall MAN Military Vehicles“, beklagte, dass andere europäische Länder ihre wehrtechnische Industrie quasi wie Staatsbetriebe förderten, wohingegen die deutsche wehrtechnische Industrie rein privatwirtschaftlich agiere und deshalb benachteiligt sei.

Peter Schlote, CEO bei Tesat Spacecom, hob die Bedeutung der Raumfahrt auch für die Bundeswehr hervor. Moderne Waffensysteme seien oft entscheidend von der Aufklärung aus dem Weltraum abhängig.

Mit Detlef Selhausen, Min.Dir. im Verteidigungsministerium, stellte die Neugliederung seines Ministeriums vor, von der man sich eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, mehr Effektivität und insgesamt eine verbesserte Arbeit verspricht.

Zurück zu Seite 2



Das Hotel Dolce in Unterschleißheim bot dem Wehrtechnischen Kongress des ASP bereits zum zweiten Mal das angemessene Ambiente.

Japan – nach dem großen Beben

Vortrag des japanischen Generalkonsuls München Akira Mizutani

Bad Kissingen. (UB) Japan - ein uns häufig rätselhaftes Land- für uns Westeuropäer schwer zu verstehen. Licht in dieses Dunkel brachte der Vortrag des japanischen Generalkonsuls München, Herr Akira Mizutani, der auf Einladung der vier außen- und sicherheitspolitischen Organisationen (GfW, Reservistenverband, ASP und Europa Union) am 27.10. in Bad Kissingen weilte.

Zunächst legte der Referent Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Japan und Deutschland dar. Beide Länder lägen geografisch an der westlichen bzw. östlichen Peripherie des eurasischen Kontinents, hätten eine parallele industrielle Entwicklung vollzogen, besäßen nur wenig eigene Bodenschätze, seien für ihren Wohlstand auf die menschlichen Ressourcen angewiesen. Auch sei die Flächengröße beider Länder in etwa

Inzwischen sei die Verkehrsinfrastruktur wieder weitgehend hergestellt und voll in Betrieb. Von den 54 AKW seien aktuell nur 10 in Betrieb, nach neuesten Umfragen sprechen sich 70% der Befragten für einen Atomausstieg Japans aus. Die Kosten für die Demontage sowie die Entschädigungen für Betroffenen werde sich auf ca. 56 Mrd. Euro belaufen. Die Strahlenbelastung läge wieder weitgehend im Normalbereich.

Der letzte Teil des Vortrags befasste sich mit der interessanten Frage nach den Gründen für das kontrollierte, nach westlichem Empfinden fast fatalistische Verhalten der Japaner nach der Katastrophe von Fukushima. Es sei die durch die Besonderheiten der Natur über viele Jahrhunderte geprägte Mentalität der Menschen. Die Naturgewalten hätten die Menschen von Anfang an zur Anpassung an die Umwelt gezwungen.

Die Hauptgefahr gehe von Erdbeben aus, die Bruchstellen verschiedener tektonischer Platten verlaufen vor

vergleichbar, doch kommen in Japan nur ca. 20% der Gesamtfläche für die Besiedlung in Frage, etwa die Fläche Bayerns, auf welcher eine Bevölkerung von 120 Millionen, zehnmal so viel wie Bayern Einwohner hat, Platz finden müsse. Auch das Sicherheitsumfeld unterscheide sich: Während Deutschland



Der japanische Generalkonsul Akira Mizutani bei seinem temperamentvollen Vortrag

Foto: Ulrich Feldmann

Japan, und dies habe im Verlauf der Zeiten zu einer komplexen, zerklüfteten Topografie geführt.

Weiterhin beeinflussten Vulkane und extremes Wetter das menschliche Verhalten. Das Land sei topografisch sehr verschachtelt und die einzelnen Gebiete in der Vergangenheit oft ohne Verbindung zueinander gewesen.

Diese habe im polytheistischen Japan zum Vielgötterglauben geführt, Macht und Mysterium der Natur verdeutlicht und entsprechende Ehrfurcht vor den Göttern bei den Vorfahren hervorgerufen.

Auch heutzutage wirke diese Ehrfurcht vor den Göttern noch fort im Respekt vor dem

fest in NATO und OSZE eingebunden sei, finde Japan seinen Platz in einem lockeren Bündnissystem mit verschiedenen Anrainerstaaten bei klarer US-Dominanz.

Das Erdbeben vom 11.03.2011 mit Tsunami und anschließender Atomreaktorkatastrophe verursachte 15.000 Tote sowie Tausende Verletzte und Vermisste, dazu 470.000 Flüchtlinge. Insgesamt betrage der Schaden 150 Milliarden Euro. Der Tsunami erreichte eine maximale Höhe von unglaublichen 46 Metern, eine Größenordnung, die in den Vorsorgeplanungen nicht vorstellbar war. Als eine der unvorhergesehenen Folgen fielen die Notkühlsysteme der Reaktoren aus.

Die internationale Hilfe sei beeindruckend gewesen, weltweit hätten 163 Länder geholfen. Allein aus Deutschland sei mit 45,7 Mio. Euro unterstützt worden.

(Weiter links unten)

strengen Familienvater und in der Milde der Mutter Natur.

Abschließend gab der Referent einen hoffnungsvollen Ausblick, indem er feststellte, dass Japan sich nach dem 2. Weltkrieg der Welt geöffnet hat und ein akzeptiertes Mitglied der Weltgemeinschaft geworden ist.

(Zurück zu Seite 2)

Ulrich Feldmann (links) und Dr. Wolfgang Klein überreichen dem Gast ein Präsent als Dankeschön.



Die NATO im Einsatz für die Vereinten Nationen – und die Bundeswehr war in Libyen indirekt dabei!

Bericht aus dem Allied Joint Command Naples

Bad Neustadt/Saale. (frr) Eine stattliche Erscheinung ist er, dieser großgewachsene Oberstleutnant im Generalstabsdienst Jan Krahmann, den der stellvertretende ASP-Landesvorsitzende Ulrich Bucher für einen Vortrag über den Einsatz der NATO in Libyen und im Kosovo gewonnen hatte. Und mit großem Engagement berichtete der vielfach dekorierte Offizier über seine Tätigkeit beim *Allied Joint Force Command* der NATO in Neapel.

Zu seinem Vortrag war er vom ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld und von den CSU-Ortverbänden Brendlorenzen und Bad Neustadt in den Bildhäuser Hof der Kreisstadt eingeladen worden. Norbert Klein, Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Brendlorenzen, und Ulrich Bucher begrüßten den Referenten auch im Namen der verhinderten Ortsvorsitzenden des CSU-Ortsverbands Bad Neustadt Petra Bieber. Bucher stellte den Vortrag von Krahmann in den größeren politischen Rahmen und nannte dabei die NATO „unsere sicherheitspolitische Lebensversicherung“. Ziel des Vortrags von OTL i. G. Krahmann sei es, die NATO besser kennenzulernen.

Der von den Vereinten Nationen gebilligte NATO-Einsatz in Libyen lief unter Schwierigkeiten an, sagte Krahmann, denn die Aufklärungslage war zunächst schlecht. Nachdem die Amerikaner dem abgeholfen hatten, gab es Unklarheiten, welche Art von Einsatz die NATO bringen sollte. Innerhalb des NATO-Stabes war es schließlich auf der Arbeitsebene vorwiegend die Aufgabe deutscher Offiziere, eine Operation zu planen, wie „die Luftstreitkräfte Libyens aus dem Spiel genommen werden konnten“. Der von Krahmann und seinen deutschen Mitarbeitern in nur zehn Tagen unter Zeitdruck und großem physischem Einsatz entworfene Plan wurde von den anderen, am Einsatz beteiligten NATO-Nationen übernommen und ausgeführt. Eine Gefahr für die alliierten Luftverbände ging zunächst von den Boden-Lufttraketen und den Scud-Raketen der Libyer aus, ansonsten aber waren die NATO-Kräfte den libyschen überlegen. Unter Ausnutzung des Überraschungsmoments gelang es, libysche Befehlszentralen und die libysche Luftwaffe sehr schnell auszuschalten. Dann gingen die NATO-Kräfte zur Zerstörung der libyschen Panzerwaffe über. Dabei wurde größte Rücksicht auf die Zivilbevölkerung genommen, soweit das in einem Kampfeinsatz aus der Luft überhaupt möglich war.

Parallel zu den Lufteinsätzen führte die NATO auch ein See-Embargo vor der Küste Libyens aus und blockierte somit den Nachschubweg über See. Als Deutschland zwei seiner dort an einer anderen Mission

Dafür war der Oberstleutnant allerdings der berufene Mann. Denn Krahmann ist und war bei der Planung für die Einsätze der alliierten Kräfte beteiligt und war es jüngst und maßgeblich auch für den NATO-Einsatz in Libyen. Als Jahrgang 1974 hat der gebürtige Mellrichstädter schon eine sehr vielfältige militärische Laufbahn hinter sich und hat u. a. in Hamburg die Generalstabsausbildung erhalten. Krahmann ist seit Oktober 2009 im NATO-Stab in Neapel bei der Planung der (Kampf-)Einsätze tätig.

Im ersten Teil seines Vortrags erklärte Krahmann, was das *Joint Force Command (JFC)* in Neapel ist, wie es sich in die Gesamtstruktur der NATO einfügt und worin dessen Tätigkeiten und verschiedene Einsatzgebiete bestehen und mit welchen Partnern die NATO zusammenarbeitet. Im zweiten Teil ging er dann auf seine eigene Tätigkeit als Planungsoffizier des *JFC* ein und stellte seine persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen dar, die er im Zusammenhang mit dem NATO-Einsatz in Libyen und im Kosovo gemacht hatte.

(Weiter links unten)

beteiligten Kriegsschiffe ohne Abstimmung mit den Verbündeten abzog, löste das große Verärgerung aus. Diese Aktion stand wohl im Einklang mit der Entscheidung der Bundesregierung, dass am Libyenkonflikt keine deutschen Kampfverbände beteiligt sein durften. Dagegen hatte Berlin ausdrücklich den Verbleib deutschen Personals im NATO-Hauptquartier bestätigt. Woraus hervorgeht, dass die Bundesrepublik doch einen – und gar nicht einmal unwesentlichen – Beitrag im NATO-Rahmen zum Kampf des libyschen Volkes gegen seinen Tyrannen geleistet hat.

Bei seiner Würdigung des gesamten Kriegsverlaufs betonte Krahmann, dass der NATO-Einsatz erfolgreich war und dass der Zusammenhalt der beteiligten Nationen doch gewahrt und demonstriert wurde. Die NATO habe schnell und flexibel gehandelt, besonders auch, als es um die Weiterentwicklung der Kriegsziele ging. Deutschland sei weiterhin ein anerkannter Partner der NATO, wenn auch eine einheitliche Linie vieles sehr viel leichter gemacht hätte. Doch ist „deutsche Stabsarbeit gefragt“,



OTL i. G. Jan Krahmann bei seinem Vortrag über den Libyen-Einsatz des NATO-Stabs in Neapel

sagte Krahmann. Insgesamt sei es ein „relativ sauberer Krieg“ gewesen, die Forderung nach „chirurgisch sauberen Einsätzen“ hielt Krahmann allerdings, für ein Märchen. Die kriegsvölkerrechtlichen Vergehen seien auf beiden Seiten der Kämpfenden relativ gering gewesen. Dem Obersten Gaddafi bescheinigte Krahmann eine professionelle Kampfführung.

Dass der Libyer allerdings bis zum Schluss glaubte, er könne den Konflikt gewinnen, war eine grobe Fehleinschätzung – mit der positiven Nebenwirkung, dass Gaddafi keine Verzweifelungsentscheidungen traf und z. B. Scud-Raketen- oder Giftgaseinsätze unterließ.

(Zurück zu Seite 2)

Norbert Klein (rechts), Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion Bad Neustadt, dankt Krahmann für seine Ausführungen und überreicht dem Referenten ein Gastgeschenk. Links Ulrich Bucher, stellv. Landesvorsitzender des ASP.



Mit der iranischen Atombombe leben?

Friedenspolitische Erwägungen zu den neuesten Enthüllungen über das Atomforschungsprogramm des Iran von Gerhard Arnold

Keine Zweifel mehr an den Atomwaffenplänen Irans

Jüngste Erkenntnisse der Internationalen Atomenergie Agentur IAEA vom 9. November 2011 haben längst vorhandene Hinweise auf eine Atomwaffenentwicklung des Iran bestätigt. Israel ist alarmiert.

Die iranische Führung strebt die baldmöglichste Beherrschung der Atomwaffentechnik an. Was heißt das? Mindestens 16 kg hochangereichertes Uran 235 sind nötig, dazu der Besitz von komplizierten Präzisionszündern, Spezialsprengstoff und – besonders schwierig herzustellen – ein Neutronenreflektor. Es ist möglich, dass schon im nächsten Jahr dieses Ziel erreicht werden kann. Von da bis zum Bau eines testfähigen Atomsprengkörpers ist es nicht mehr weit. Aber die Verkleinerung des Sprengsatzes, so dass er auf einer Trägerrakete Platz hat, kann noch mehrere Jahre dauern.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Iran in absehbarer Zeit einen testfähigen Atomsprengsatz baut. Er wür-

de sich damit vor der Weltöffentlichkeit, auch vor den nicht-schiitischen Arabern, als Lügner präsentieren, weil er bisher alle Atomwaffenpläne verneint hat. Schwerer wiegt wahrscheinlich, dass das sehr komplizierte innenpolitische Machtgefüge im Iran über der Frage nach der letztendlichen Entscheidungsbefugnis über die Atomwaffe ins Wanken geraten würde.

Auch aus anderen Gründen besteht noch keine drängende Gefahr für Israel.

Die iranische Führung strebt nach Überzeugung ausgewiesener Fachleute nach politischer Vorherrschaft am Persischen Golf und nach Führung der schiitischen Glaubensgemeinschaft. Sie strebt nach politischer Anerkennung gerade nach der langen Phase US-amerikanischer Verketzerung als „Schurkenstaat“ und wünscht deshalb die Atomwaffentechnologie.

Wie ernst muss man aber die Hetze der iranischen Führungsgruppen gegen den Staat Israel nehmen?

Hat es mit dem Wunsch zu tun, sich bei den sunnitischen Palästinensern und den israelfeindlichen Nachbarn (v. a. Libanon und Syrien) einzuschmeicheln und auch dort Ansehen zu gewinnen? Oder muss man die Hetze wörtlich nehmen als Ausdruck des Wunsches, den Staat Israel möglichst bald von der Landkarte zu tilgen? Nur Insider können das wissen und wahrscheinlich sind sich die ohnehin zerstrittenen iranischen Führungsgruppen darüber nicht einig.

Ist ein iranischer Atomschlag gegen Israel in absehbarer Zeit wahrscheinlich?

Diese Frage würde sich erst stellen, wenn aus bisher nicht erkennbaren Gründen die iranische Führung die Entscheidung zur Bombe getroffen hat, was bisher nicht anzunehmen ist.

(Weiter links unten)

Wäre die Bombe vorhanden, dann verneinen Kenner der mittelöstlichen Konfliktlagen doch die Befürchtung eines Kernwaffeneinsatzes mit sehr guten Gründen.

Israel verfügt jetzt schon über die sogenannte atomare Zweitschlagsfähigkeit. Die israelischen Streitkräfte können nach atomaren Vernichtungsschlägen des Iran auf die großen Städte und Militäreinrichtungen von U-Booten aus atomar bestückte Marschflugkörper abschießen und dem Iran sehr schwere Verluste an Menschen zufügen und Städte unbewohnbar machen. Die Teheraner Machthaber sind höchstwahrscheinlich keine Verrückten, würden dieses Risiko also nicht eingehen.

Denkbar bis wahrscheinlich ist etwas anderes. Der Iran könnte nach den politischen Umwälzungen im Nahen Osten mit vermutlich israelfeindlicheren Regierungen (v. a. in Ägypten und Syrien) die politische und militärische Gruppierung der Schiiten im Libanon, die Hizbollah, zu Angriffen gegen Israel ermutigen. Im Jahr 2006 hat es bereits einen solchen Kleinkrieg gegeben, bei dem die israelischen Streitkräfte schwere Schlappen einstecken mussten.

Die Hizbollah ist heute politisch und militärisch stärker als je zuvor und

soll über zehntausende von Raketen, darunter auch solche mit größerer Reichweite verfügen. Das kleine Land Israel kann von der Hizbollah militärisch ganz hart getroffen werden, insbesondere die Großstädte Tel Aviv und Haifa, auch das israelische Jerusalem. Die Sachschäden wären gigantisch, nicht unbedingt die Verluste an Menschenleben. Israel wird versuchen, mit modernsten Abwehrraketen die Raketen der Hizbollah abzufangen, aber es gibt keine Erfahrungswerte, wie gut das funktionieren würde.

Iranische Atomwaffen blockieren israelische Gegenschläge

Jetzt kommen die iranischen Atomwaffen ins Spiel. Natürlich könnte Israel militärisch sehr hart gegen die Hizbollah-Stellungen und die schiitischen Siedlungsgebiete zurückschlagen. Die begrenzten Luftangriffe von 2006 haben gezeigt, was Israel kann. Aber diese Fähigkeit zu vernichtenden Gegenschlägen kann der Iran blockieren, indem er nun Israels Bevölkerung mit dem Einsatz von Atomraketen droht, falls Israels Militär sein volles Waffenpotential gegen die Schiiten einsetzen würde. Das

wäre also die Drohung mit dem Holocaust, dem zweiten und letzten Teil. Wird die israelische Regierung dieses Wagnis eingehen? Niemand kann die Frage im Voraus beantworten. Die iranischen Atomwaffen würde also, in der Sprache der Fachleute, die Eskalationsdominanz der konventionellen Streitkräfte Israels blockieren.

In der Golfregion beginnt ein atomares Wettrüsten

Die wahrscheinliche Folge der iranischen Atomrüstung ist die wachsende politische Destabilisierung der ganzen Golfregion. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, auch die Türkei haben bereits zu verstehen gegeben, dass auch sie in Reaktion auf die Entwicklung im Iran eine Atomforschung und –entwicklung beginnen werden. Die Türkei plant den Bau von Kernkraftwerken. Das Pulverfass Naher und Mittlerer Osten wird damit noch gefährlicher als bisher schon.

Welche Gegenmaßnahmen gegen den Iran sind möglich?

Militärische Präventivschläge gegen iranische Atomanlagen, wie
(Weiter nächste Seite)

Mit der iranischen Atombombe leben?

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

sie Israel jüngst wieder ins Gespräch gebracht hat, scheiden bei ruhiger Betrachtung aus. Die Drohungen sind politisch motiviert, um auf die Gefahr, die vom Iran nun verstärkt ausgeht, aufmerksam zu machen. Es wäre Wahnsinn, wenn Israel ohne konkrete Bedrohung furchtbare Raketenangriffe des Iran unter Umständen mit Giftgas provozieren würde. Auf der militärischen Ebene kann und wird Israel seine eigene atomare Zweitschlagsfähigkeit und den Raketenabwehrschirm weiter ausbauen.

Die westlichen Staaten können jetzt schon nicht anders als die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen den Iran zu verstärken, was die ohnehin schon großen Wirtschaftsprobleme des Landes mit hoher Arbeitslosigkeit weiter verstärken dürfte. Die Fachleute zweifeln aber überwiegend an der Wirkung dieser Maßnahmen. Ob sich der Weltsicherheitsrat zu umfassenden Sanktionen gegen den Iran durchringen kann ist sehr unsicher, weil Russland und China wegen ihrer

Wirtschaftsinteressen mit dem Iran nicht mitziehen werden. Die USA haben bereits begonnen, die direkten Nachbarn des Iran auf der Gegendküste des Persischen Golfs, also Saudi-Arabien und die Emirate, militärisch aufzurüsten. Doch das verschärft die regionalen Konflikte weiter.

Königsweg politische Einbindung

Politische Lösungen sind immer der Königsweg zur Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte. Es versteht sich von selbst, dass gerade Friedensforscher solche Lösungswege andeuten.

Die Frage lautet also, ob man den Iran aus seiner Konfrontationshaltung gegenüber den USA, gegen Israel und dem Westen insgesamt herauslösen kann, so dass er dann seine Atomwaffenoption zumindest einfriert. Das ist deshalb so schwierig, weil sich der Iran von den USA durchaus zu Recht politisch diskriminiert fühlt („Achse des Bösen“, Präsident Bush 2002), was durch die westlichen Wirtschafts-Sanktionen noch verstärkt worden ist. Eine Entschärfung des Konflikts des Iran mit Israel und den USA könnte vielleicht auch durch eine

Verständigung Israels mit den Palästinensern vorangebracht werden, was derzeit aber als unwahrscheinlich gelten muss.

Immer wieder wird von Experten eine atomfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ins Gespräch gebracht, die auf einer großen Konferenz aller Beteiligten ausgehandelt werden sollte, einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren Osten“, die natürlich Jahre lang tagen müsste. Sie hätte aber nur Sinn, wenn Israel bereit wäre, seine eigene Atomaffen aufzugeben, und im Gegenzug eine Sicherheitsgarantie der Nachbarn erhalten würde — eine derzeit reichlich unrealistische Vorstellung.

Welche Konsequenzen?

Erweist sich der Königsweg einer politischen Konfliktlösung mit dem Iran derzeit als nicht gangbar, dann werden Israel und der Westen hinnehmen müssen, dass der Schiitenstaat am persischen Golf die volle Atomwaffenreife erreicht. Dieser Meinung ist auch Shimon Stein, ehemaliger Botschafter Israels in Deutschland, in seinem

(Weiter links unten)

ZEIT-Beitrag vom 17.11.2011. Er fordert u. a. zusätzliche westliche Sanktionen gegen den Iran sowie das Bemühen, einen Regimewechsel herbeizuführen. Die westlichen Staaten, nicht Israel, sollten aber die militärische Option gegen den Iran in ihren öffentlichen Erklärungen nicht aufgeben.

Doch wie glaubwürdig wären Drohungen der USA und der europäischen Staaten, notfalls militärisch gegen den Iran vorzugehen? Man bedenke die dramatische Eurokrise, die Zerstrittenheit der Europäer, die schwere Finanzkrise in den USA. Ist der „Westen“ nach dem Afghanistandebakel noch politisch so stark, um der atomaren iranischen Herausforderung militärisch entgegenzutreten zu können? Zweifel sind angebracht.

(Zurück zu Seite 2)

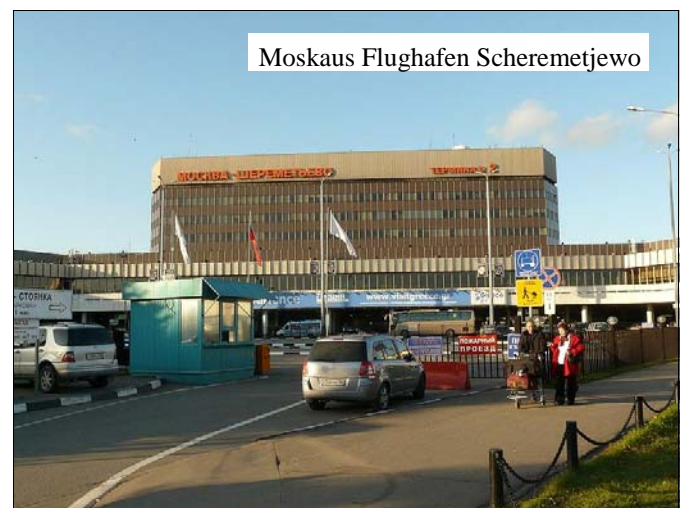
Radioaktives Material auf dem Weg von Moskau nach Teheran

Zollbeamte am Moskauer Flughafen Scheremetjewe fanden radioaktives Material im Koffer eines Reisenden. Bei der Durchleuchtung des Koffers sei eine um das Zwanzigfache erhöhte Radioaktivität festgestellt worden. Auch wenn der verdächtige Stoff, radioaktives Natrium-22, angeblich nur für medizinische Zwecke benutzt wird, wird der Fund doch die Diskussion um das iranische Atomprogramm erneut anheizen. Denn: Natrium-22 kommt nicht in der Natur vor, es muss also in einem Kernkraftwerk hergestellt worden sein.

(Quelle der Information: Spiegel online vom 16. Dezember 2011)



AKW Buschehr: mit russischer Hilfe erbaut 1995 bis 2010

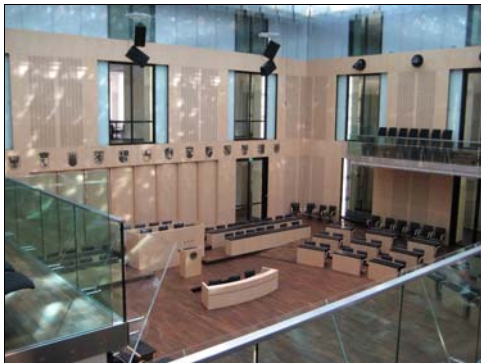


Moskaus Flughafen Scheremetjewe

(Beide Grafiken wurden aus Wikipedia entnommen.)

Das war „Berlin live“ - dank Dorothee Bär!

Eindrücke von einer Bildungsfahrt ins politik- und geschichtsträchtige Berlin



1. Tag: Besuch im Bundesrat. Hier Blick in den Plenarsaal.



Mit Karin Renner aus Münnerstadt als Reiseleiterin lernten Bürgerinnen und Bürger aus den nordöstlichen Landkreisen Unterfrankens das Berlin kennen, in dem unsere Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär ihren Arbeitsplatz hat. Es waren wahrhaft unvergessliche Eindrücke, die wir dank Dorothee Bär gewinnen konnten. Und das Wetter hätte auch nicht besser sein können.

Genießen Sie die Bilder von Berlin, die vielleicht nicht jeden Tag im Fernsehen oder im Internet zu sehen sind!

Bild links, 1. Tag: Einer gewissen Ehrfurcht konnten sich die Besucher auf der Besuchertribüne im Bundesrat nicht erwehren.

Bild rechts, 3. Tag: Futuristisch und beeindruckend — in der Kuppel über dem Reichstag



3. Tag: Der Bundestag tagt — Blick in den Plenarsaal bei einer Lesung



Bild links, 1. Tag: Ein Muss für die Franken: Besuch in der Bayerischen Landesvertretung in Berlin; dort wurden wir auch mit dem Abendessen bewirtet.

Bild rechts, 3. Tag: Nicht weniger eindrucksvoll die Glaskuppel über dem Reichstag von außen



Bild links, 2. Tag: Glamour und Artistik — Besuch am Abend im Friedrichstadtpalast zur aufwändigen Revue

Bild rechts, 3. Tag: Wundervoller Blick über Berlin von der Dach-Terrasse des Reichstags aus



Bild links, 3. Tag: Das Bundeskanzleramt im strahlenden Sonnenschein

Bild rechts, 3. Tag: Blick auf die Hauptfassade des Reichstags, der nur aus historischen Gründen so heißt. Jetzt beherbergt er den Bundestag.



Das hässliche Berlin: Erinnerungen an bösartige Zeiten



Bild links, 2. Tag: Stahlrohre markieren, wo einst die berühmte Berliner Mauer verlief, die mithalf, die „DDR“ zu einem großen Gefängnis zu machen



Bild recht, 2. Tag: Verwaltungsgebäude des StaSi-Gefängnisses Hohenschönhausen — fatale Erinnerung an ein Nazi-KZ



Bilder links und rechts, 2. Tag: Hohenschönhausen, das Gefängnis des Staats-Sicherheitsdienstes. Engagierte Führer enthüllen schockierende Einzelheiten eines infamen Terror- und Spitzelsystems



2. Tag:

Folterkammern der StaSi in Hohenschönhausen — infame Methoden, um Gefangene durch Folter gefügig zu machen, ohne dass körperliche Spuren zu erkennen waren



3. Tag: Stelenfeld-Denkmal, das an die Nazi-Morde erinnert



3. Tag: Kreuze erinnern an die Todesgrenze durch Berlin





Bild links: Dorothee Bär, die Bundestagsabgeordnete für die Wahlkreise Bad Kissingen, Bad Neustadt und Haßberge

Neben den Informationsgesprächen im Bundesrat, beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im StaSi-Gefängnis Hohenschönhausen war der Gedankenaustausch mit der unterfränkischen Abgeordneten der Höhepunkt der politischen Information über die Arbeit der Bundesorgane und seiner Abgeordneten.

Souverän und zwanglos stand Frau Bär den Besuchern aus der fränkischen Heimat Rede und Antwort, nachdem sie über ihre eigene Tätigkeit im Bundestag anschaulich berichtet hatte.

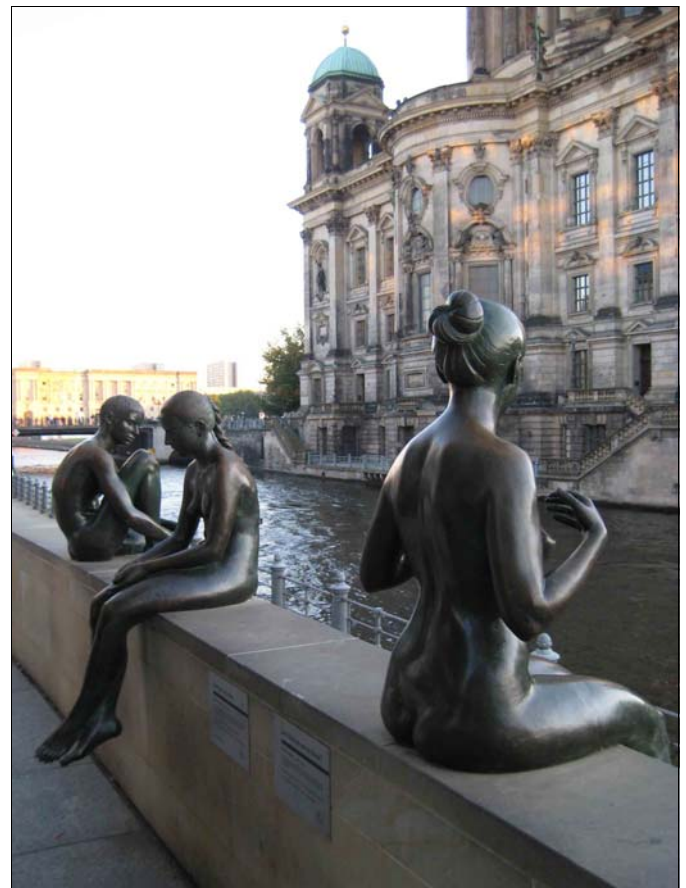
Unserer Dorothee danken wir die Reise nach Berlin und sagen ein herzliches Dankeschön dafür.

Unten noch einige Eindrücke von Berlin:

Links: Eine Bootsfahrt auf der Spree gehörte auch zum Programm. Hier passiert das Schiff die Museumsinsel in Berlin.

Darunter: Landschloss Cäcilienhof im Potsdam, wo Roosevelt, Stalin und Churchill vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 über das Schicksal des besiegten Deutschlands verhandelten.

Rechts unten: An einem freien Nachmittag gönnten sich die Besucher einen vergnüglichen Bummel an der Spree entlang. Dabei trafen sie auf diese bezaubernden Gestalten.



Gerd Höhn – Vater der Idee und Motor der Verwirklichung des Mellrichstädter „Dokumentationszentrums Hainberg-Kaserne“

Mellrichstadt (frr) Gerd Höhn war es, der die Idee eines Dokumentationszentrums für die ehemalige Garnison Mellrichstadt hatte und der sie auch mit großem Einsatz und mit Hilfe vieler Sponsoren und Freunde verwirklichte.

Denn in Anwesenheit von viel lokaler Prominenz konnten er, Gerd Höhn vom Kameradschafts- und Freundeskreis der Garnison Mellrichstadt (KFG), und Karl-Hermann Reich, Chef der Mellrichstädter Reich GmbH, das militärhistorische Museum auf dem Gebiet der ehemaligen Hainberg-Kaserne (jetzt Hainberg-Areal) eröffnen. Das Museum befindet sich noch im Aufbau, es soll bis September 2012 fertig sein, aber etliche Räume sind bereits ausgestattet und z. T. auch schon mit Exponaten aus der Militärgeschichte der Mellrichstädter Bundeswehr-Garnison gefüllt.

Am 16. Dezember, bei der Eröffnung, ging es Gerd Höhn in erster Linie darum, Dank zu sagen all denen, die mitgeholfen hatten, seine

Ausgestaltung des Museums 3000.- Euro locker gemacht), Axel Kochinki von Streck Bräu für die Einrichtung der Bierstube, den Vertretern der Bayerischen Landesbau und vielen anderen. Der ganz besondere Dank aber galt Karl-Hermann Reich, der das Modell der ehemaligen Kaserne als Sponsor finanzierte und die Idee des Museums energisch mit trug. Dank sagte Höhn auch seinen Kameraden vom KFG, die tatkräftig bei der bisherigen Ausgestaltung mitge-

Gerd Höhn überreicht Karl-Hermann Reich für seine Verdienste um das Doku-Zentrum den Bierkrug der Mellrichstädter KFG. Vorn links Karl Naumann, dann Gerd Höhn und K.-H. Reich



Dank der Unterstützung durch Karl-Hermann Reich aus Mellrichstadt konnte dieses eindrucksvolle Modell der ehemaligen Garnison der Hainberg-Kaserne erstellt werden. KFG-Vorsitzender Gerd Höhn und Sponsor Reich stellten es am Tag der Eröffnung des Dokumentationszentrums den geladenen Gästen vor.

Museums-Idee zu verwirklichen. Es waren nicht wenige, denen er zu danken hatte: u. a. Landrat Thomas Habermann vom Rhön-Grabfeld-Kreis, Mellrichstadts Bürgermeister Eberhard Streit, den Handwerkern,

holfen hatten. Der KFG ist auch der Träger des Dokumentationszentrums.

Das Museum wird auch Platz für geselliges Beisammensein bieten, aber auch für musikalische Proben der Jagdhornbläser der Mellrichstädter Jäger. Seinem offiziellen Namen „Dokumentationszentrum Hainberg-Kaserne“ gerecht werdend lud Höhn schon jetzt Reisegesellschaften, junge Menschen und besonders Schulklassen, ehemalige und aktive

die das seit der Schließung etwas ramponierte ehemalige Stabsgebäude wieder auf Vordermann brachten, der Sparkasse Bad Neustadt (sie hatte für die weitere *(Weiter links unten)*

Soldaten, aber natürlich auch die ganze Bevölkerung zum Besuch des Zentrums ein. Das Museum soll dazu beitragen zu verhindern, dass die spannungsgeladene Zeit des Kalten Kriegs allzu rasch aus der Erinnerung der Menschen verschwindet. Mellrichstadt und seine ehemalige Kaserne in größter Nähe zum damaligen Eisernen Vorhang sind dazu ein geradezu prädestinierter Ort.

(Zurück zu Seite 2)

Fr. Zotter (r.)+H. Sauer (l.) v.d. Sparkasse Bad Neustadt mit Landrat T. Habermann (Vorst. d. Kulturstiftung Ufr.), überreichen einen Scheck. Hinten E. Streit, Bgm. Mellrichstadt



Gedenken der gefallenen deutschen Soldaten

Bad Kissingen. Drei Reservisten der Bundeswehr ehrten die gefallenen deutschen Soldaten. Gemeinsam legten sie am 13. November 2011, dem Volkstrauertag auf dem Kissingener Friedhof einen Kranz des Reservistenverbands nieder und hielten eine Mahnwache. In der Mitte Flottenarzt Dr. Wolfgang Klein, rechts neben ihm OTL a. D. Ulrich Feldmann. Beide sind Mitglieder im Bezirksvorstand des ASP Unterfranken.



Seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 haben rund 3.200 militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr infolge der Ausübung ihrer Dienstpflichten ihr Leben verloren. Von den seit 1992 in die Auslandseinsätze entsandten Bundeswehrangehörigen starben 99 – 36 Soldaten fielen durch Fremdeinwirkung, 63 kamen durch sonstige Umstände ums Leben.

Quelle: BMVtg—Stand 29.08.2011

(Zurück zu Seite 2)

Verschiedenes



Ulrich Bucher, Bezirksvorsitzender des ASP Unterfranken und stellv. Vorsitzender des ASP-Landesverbands, war zu der Ehrung von Gorbatschow in die Münchner Residenz eingeladen worden.

Bucher war beeindruckt von der zahlreichen Prominenz, die bei diesem Festakt anwesend war. Beeindruckend war für ihn auch das Medieninteresse: Gorbatschow und die ihn ehrenden bayerischen Politiker waren dicht umlagert von Scharen von Journalisten.

Auf dem Bild rechts ist Gorbatschow zu sehen zusammen mit dem Ehrenvorsitzenden der CSU Theo Waigel (links) neben dem Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und neben Hans Zehetmair (rechts), Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.

Der ASP-Kurier dankt Fred Harald Heller, dem Schriftführer des ASP-Landesvorstands, für die beiden Bilder.

Michail Gorbatschow mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis geehrt

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) verlieh am 10. Dezember dem ehemaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Michail Gorbatschow den mit 10.000 Euro dotierten Franz-Josef-Strauß-Preis. Hans Zehetmair, der Vorsitzende der HSS, würdigte in seiner Ansprache den Ausgezeichneten für seine Rolle als „hervorragenden Staatsmann“ und für seine Verdienste für die Öffnung des Eisernen Vorhangs und in der Folge auch für die deutsche Wiedervereinigung. Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer bezeichnet Gorbatschow als einen „Freund der Deutschen“.

(Zurück zu Seite 2)



Gerechtigkeit für Deutschland: Ken Folletts „Sturz der Titanen“

Mancher Leser mag sich wundern, dass im ASP-Kurier ein Buch vorgestellt wird, das nun auf den ersten Blick wenig mit Politik zu tun zu haben scheint. Schon der Verfassersname Ken Follett verweist doch eindeutig in die Richtung gehobene Unterhaltungsliteratur.

Bei seinem neuesten Roman „Sturz der Titanen“ ist es aber nicht ganz so einfach, diesen als eine zwar spannende, aber letztlich doch unverbindliche Unterhaltung abzustempeln. Denn in diesem Roman wird zwar auch wieder ein Zeit- und Gesellschaftspanorama entfaltet, wie wir es von anderen Follett-Romanen her kennen. Mit „Sturz der Titanen“ wandte sich Follett aber einer Epoche zu, die wegen des darin stattfindenden welthistorischen Ereignisses auch für einen politisch Interessierten unserer Tage lesenswert ist.

In einer distanzierten Erzählsprache werden zahlreiche menschliche Schicksale vor dem alles beherrschenden Hintergrund des Ersten Weltkriegs in Europa dargestellt. Die unaufhaltsame Entwicklung in den Ersten Weltkrieg, der Gang des Kriegs auf den europäischen Schlachtfeldern, das Ende und die unmit-

telbare Zeit nach der deutschen bedingungslosen Kapitulation und dem Versailler Friedensdiktat: all das wird verbunden mit dem Glücksstreben, dem Hoffen, Bangen und Leiden, den Torheiten, ideologischen Verblendungen, arroganten Machtansprüchen von Menschen aus vier verschiedenen Nationen. Das sind Menschen aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, besonders aber Arbeiter und Hochadel, die in scharfem Kontrast das Zeitgeschehen erleben.

Der sich vom Kommunismus und von der großen Revolution die Befreiung vom menschenverachtenden Joch des Zarentums erhofft und dadurch zum entschlossenen Parteigänger von Lenin wird. Dessen Bruder Lew, ein Taugenichts, wird in die USA verschlagen, wo er in die Familie des eingewanderten russischen Emporkömmlings Vyalov einheiratet. Damit wird auch der Handlungsfaden zu den USA geknüpft. Deren Politik wird dargestellt mit der Person des Präsidenten Woodrow Wilson und seiner idealistischen Idee vom Weltfrieden sowie Gus Dewar, Berater und zweitweise die rechte Hand des Präsidenten. Die französische Seite im großen Konflikt bleibt etwas im Hintergrund und erscheint eher durch Rachegefühle und Arroganz den Deutschen gegenüber charakterisiert.

Welchen Anteil die jeweiligen Staaten am Gesamtgeschehen haben, lässt sich schon an der Fülle der Personen der einzelnen Nationalitäten ablesen. Dabei dominieren eindeutig die Briten, die Follett in Engländer, Schotten und Waliser unterteilt. Doch auch die Deutschen und die Russen sind durch zahlreiche Figuren vertreten. Insgesamt treten fast verwirrend viele Personen in dem Roman auf, was an die großen russischen Romane von Tolstoi, Dostojewski oder Pasternak erinnert. Der Leser nimmt darum dankbar zur Kenntnis, dass dem Roman ein aus-

führliches Personenverzeichnis vorausgeschickt ist, mit dessen Hilfe man sich auch zwischendurch beim Lesen immer wieder orientieren kann.

Doch solche erzähltechnische Tricks sind nicht das Entscheidende, weshalb man das Buch zum Lesen empfehlen möchte, sondern es ist der umfassende, historisch zuverlässige und objektive Blick, den Follett als Autor hier entfaltet, der Blick für das unaufhaltsame und schicksalhafte Treiben in die große Katastrophe, an deren Ende es keine Gewinner, nur Verlierer gibt. Die gestürzten Titanen, das sind die europäischen Nationen, das ist das Europa des Nationalismus mit seinen weltbeherrschenden Ansprüchen. Das sind die europäischen Mächte, von denen keine ohne Schuld daran ist, dass sich die Blüte der europäischen Jugend auf den Schlachtfeldern verblutete. Russland und vor allem die USA stehen bereit, die führende Rolle im Weltgeschehen zu übernehmen, während in Europa nach dem der Kapitulation im Wald von Compiègne und dem „Friedensschluss“ von Versailles schon der Wurm nagt, der dieselben Nationen in einem Revanchekrieg zum zweiten Mal ins Unglück stürzen wird.

Wer also eine anschauliche Vorstellung bekommen möchte, wie sich das Verhängnis des Ersten Weltkriegs ent-

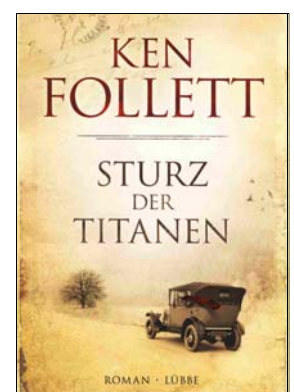
wickelte, dem ist dieser historisch zuverlässige Roman von Ken Follett sehr zu empfehlen. Er ist vor allem auch eine Lehrstunde in Geschichte. Bedauerlich nur, dass für Follett es immer wieder in seinen Romanen geboten erscheint, auch gepfefferte erotische Episoden einzufügen. In „Sturz der Titanen“ sind es vor allem zwei, denen man unterstellen muss, dass sie so in der damaligen pruden Gesellschaft wohl kaum hätten passieren können. Auf die Schilderung dieser Szenen hätte man gern verzichtet.

Fred Rautenberg

(Zurück zu Seite 2)



Ken Follett
Bild: Wikipedia



Ken Follett: „Der Sturz der Titanen“
Englischer Titel: „Fall of Giants“,
erschienen bei Macmillan, London und Dutton, New York. Erschienen bei Bastei Lübbe
Köln 2010. 1020 Seiten; Ganzleinen 28,- €



Beim Empfang anlässlich seines 80. Geburtstags hielt Wolfgang J. Wulf eine beeindruckende Ansprache, in der er sein Leben überschaute und die dabei gewonnene Weisheit einer gereiften Persönlichkeit erkennen ließ. Er bezeichnete sich als einen konservativen Menschen. Für ihn heißt dies, den Fortschritt zu wollen, aber die Vergangenheit und die persönlichen Wurzeln nie zu vergessen.

Wolfgang J. Wulf Der Grandseigneur des ASP- Kreisverbands Rhön- Grabfeld wurde 80

Mit drei Vertretern des ASP Rhön-Grabfeld war dessen Vorstand beim Geburtstagsempfang von Wolfgang J. Wulf präsent: Ulrich Bucher, Fred Rautenberg und Gerd Höhn gratulierten ihrem Vorstandsmitglied und Mitstreiter zu seinem 80. Geburtstag und wünschten ihm von Herzen alles Gute.

Für diese drei Gratulanten, und nicht nur für diese, war es auch ein Bedürfnis, dem Jubilar zu danken für sein großes Engagement in der Stadt, die zu seiner Wahlheimat geworden ist. Denn Wolfgang Wulf hat sich immer wieder als ein großer Sponsor erwiesen. Sein

Wort hat Gewicht, und das wissen auch seine Freunde vom ASP zu schätzen. Mit ihm erfuhren die Diskussionen im Vorstand eine enorme Bereicherung, denn dank seiner Herkunft als erfolgreicher Unternehmer betrachtet er manche der großen politischen Bewegungen unserer Zeit aus einem anderen Blickwinkel als viele der anderen ASP-Mitglieder.

Geboren wurde Wulf am 08. 12.1931 in Hamburg, wuchs in Holstein auf, wo er auch das Gymnasium besuchte. Nach seinem Ingenieurstudium der Fahrzeugtechnik arbeitete er bei Ford maßgeblich bei der Entwicklung des Modells P 3 mit, vertauschte 1967 den Arbeitsplatz mit dem bei ITW und wurde dort Prokurist für die Abteilung Projektentwicklung und Verkauf.

(Weiter links unten)

1974 siedelte sich Wulf mit seinem damaligen Partner Eberhard Hölzer in Unsleben an mit der eigenen Firma KKB (Konstruktive Kunststoffprodukte), die er in den folgenden Jahren mit anfangs fünf Mitarbeitern und einem Auszubildenden zu einem blühenden mittelständischen Unternehmen mit 320 Mitarbeitern und bis zu 17 Azubi weiter entwickelte. Dabei kam ihm der Umzug nach Mellrichstadt zustatten, denn dort stellte ihm diese Stadt ein großes Betriebsgelände zur Verfügung. Dieses vergrößerte er von ursprünglich 5000 qm im Laufe der Zeit um das Zehnfache.

Seinen Betrieb führte Wulf vorbildlich, nicht nur, was den unternehmerischen Erfolg betraf, sondern auch hinsichtlich der sozialen Ausrichtung, des Teamgeists und des menschlichen, kollegialen Miteinanders. Von dieser Grundhaltung profitierten letztlich auch die Stadt, in der er sich auch mit einem schmackhaften Eigenheim niedergelassen hatte, und auch der ASP, dem er seit 2007 als Vorstandsmitglied angehört.

Wolfgang Wulf ist mehr als ein gepflegter, würdiger alter Herr. Er hat die Ausstrahlung eines Mannes, der mit seiner ausstrahlenden Persönlichkeit jede Gesellschaft prägt. Bei der Feier anlässlich seines

80. Geburtstags im Hotel Sturm in Mellrichstadt war er es, der alle die zahlreichen, auch renommierten Anwesenden übertrug. In diesem Augenblick war er der Größte.

(Zurück zu Seite 2)

Kreisvorstandssitzung im Mellrichstadt 2008



ASP-Bez.vorstand besucht Wulfs ehem. Betrieb 2008



Wolfgang Wulf ist ein sehr engagiertes Mitglied in seinem ASP-Kreisverband. Hier einige Bilder von gemeinsamen Unternehmungen, bei denen Wulf mit dabei war. Aber diese Bilder können bei weitem nicht den ganzen Eindruck vermitteln, den das Mitglied im Kreisvorstand dank seines Engagements hinterlassen hat.



ASP-Jahresabschluss-Essen 2007 mit Damen



Wahlkampf 2009—Einsatz für Dorothee Bär (MdB)

Termine – Termine – Termine

ASP-Kreisverband Bad Kissingen

08.02.2012: Vortrag der GfW: „Das afghanische Friedens- und Reintegrationsprogramm“
Referent: Oberstleutnant Michael Graf, GefSimZentrum Wildflecken. Der Referent war 2011 für 6 Monate im HQ ISAF mit der Reintegration von Taliban beauftragt.
Ort: Heiligenhof Bad Kissingen. Beginn: 19.30 Uhr

14.03.2012: Vortrag und zugleich sicherheitspolitisches Seminar des Reservistenverbands
Themenreihe: Deutschlands Engagement für den Weltfrieden

Themen:

- 1) Die Zukunft der deutschen Streitkräfte. Referent: Oberst i. G. Schütte, DLO
- 2) Friedenseinsätze der Bundeswehr am Beispiel der Division Luftbewegliche Operationen (DLO).

Referent: Oberst der Reserve Prof.Dr.Gerlach, DLO. Ort: Bad Kissingen, Heiligenhof. Beginn: 19.00 Uhr

ASP-Kreisverband Rhön-Grabfeld

01.01.2012: Neujahrsfrühschoppen der Stadt Mellrichstadt. Ort: Markthalle, Beginn: 10.30 Uhr

06.01.2012: Dreikönigs-Frühschoppen der CSU Mellrichstadt. Ort: Markthalle
Beginn: 10.30 Uhr

10.01.2012: Vortrag der Hanns-Seidel-Stiftung „Deutschland im Fadenkreuz von Al Qaida - eine Risikoanalyse“

Referent: Oberst a. D. Heinrich Quaden

Ort: Bildhäuser Hof, vhs-Raum in Bad Neustadt /S. Beginn: 19.00 Uhr

24.01.2012: ASP-Kreisverband Vorstandssitzung. Ort: Freddy am Markt Mellrichstadt
Beginn: 19.30 Uhr

06.03.2012: ASP-Dämmerschoppen. Rahmenthema „Die Zukunft Europas“ sowie Vortrag von OTL a. D. Gerd Höhn: Buchbesprechung: Manstein's Visionen
Ort: wird noch bekannt gegeben. Beginn: 18.30 Uhr

14.05.2012: Vortrag von Dr. A. Weisgerber, MdEP zum Thema „Wie bewältigt die EU die aktuellen Krisen?“ ASP- Projekt gemeinsam mit CSU NES / Brendlorenzen und FU
Ort: Bildhäuser Hof , VHS-Saal Bad Neustadt. Beginn: 18.30 Uhr



Impressum:

ASP-Kurier

Elektronische Zeitschrift
des ASP-Bezirksverbands
Unterfranken für die Mit-
glieder, Freunde und Inte-
ressenten des Außen- und
Sicherheitspolitischen
Arbeitskreises der CSU

Leitender Redakteur und verantwortlich:

Fred Rautenberg

Mitarbeiterstab:

Julian Hertzog,
Dietmar Möckel,
Richard Oswald
Gerhard Arnold

Kontakt:

E-Mail:

FRRautenberg@t-online.de

Tel.: 09776 / 5243

Post: Thüringer Straße 24
97638 Mellrichstadt

Bilder, soweit nicht die
Quellen-Angabe beigefügt
ist, stammen von Fred Rau-
tenberg.

Liebe Leser,

möglicherweise liegt Ihnen der ASP-
Kurier in ausgedruckter Papierform
vor. Wir vom ASP-Kurier
sind uns bewusst, dass die grafische
Qualität in dieser Form nicht
alle Wünsche erfüllt.

Deutlich besser sind Texte, Bilder
und Grafiken in der Bildschirm-
ausgabe, für die der ASP-Kurier
auch primär gedacht ist. Wenn Sie
über eine E-Mail-Adresse verfügen,
teilen Sie uns diese doch einfach
mit, dann erhalten Sie kostenlos
künftig den ASP-Kurier auf elektro-
nischem Weg.

Ihre Redaktion

**Unter dieser Adresse können Sie ältere Ausgaben des ASP-
Kuriers herunterladen:**

<http://www.csu.de/verband/6000000000/>

Die neueste Ausgabe wird dort auch bald zur Verfügung stehen.

(Zurück zum Inhaltsverzeichnis)



Mehr Sicherheit oder mehr Freiheit ist keine Alternative. Wir brauchen mehr Sicherheit für die Freiheit! Dazu wollen wir in Europa und in der Welt einen unseren Interessen entsprechenden Beitrag leisten. Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken!

Ihr

Christian Schmidt
 Christian Schmidt, MdB
 Landesvorsitzender des Arbeitskreises
 Außen- und Sicherheitspolitik der CSU

Wer wir sind:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU ist das Forum, der Diskussion für alle an der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik interessierten Bürger.

Der Arbeitskreis gliedert sich in den Landesverband und in die Bezirks- und Kreisverbände.

Was wir bieten:

Der Arbeitskreis organisiert Kongresse, Fachgespräche und Expertenvorträge zu verschiedenen Themen der internationalen Politik.

Der Arbeitskreis bietet die Möglichkeit zur themenbezogenen Mitarbeit in seinen Fachausschüssen:

- Außenpolitik
- Sicherheitspolitik und Bundeswehr
- Europapolitik
- Entwicklungspolitik

Was wir wollen:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU versteht sich als Impulsgeber und Sprachrohr der CSU in allen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.

Der Arbeitskreis wirkt an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der CSU und in der Öffentlichkeit maßgeblich mit.

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik setzt sich ein für eine freiheitliche und wehrhafte Demokratie und ein starkes Europa in einer gerechten Weltordnung.

Der Arbeitskreis tritt besonders für die Anliegen der Bundeswehr ein und setzt damit die Arbeit des früheren Wehrpolitischen Arbeitskreises fort.

Vielleicht hat diese ASP-Kurierausgabe Ihnen Mut gemacht, dem Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis beizutreten?

Dafür können Sie diesen Vordruck benutzen.

Ja, ich mache mit!



Antrag auf Mitgliedschaft

Ich erkenne die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Grundsätze und die Satzung der CSU an. Ich gehöre keiner anderen Partei an. Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik.

Adresse (melderechtlicher Hauptwohnsitz)

Name, Vorname, Titel

Beruf

Ortsteil, Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

weiblich

männlich

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Meine Angaben werden vom Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik, der CSU oder deren Beauftragten nur zum Zwecke der Parteilarbeit gespeichert und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verwendet.

Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung für den Jahresbeitrag

Der Jahresbeitrag beträgt nach der Geschäftsordnung derzeit € 5,- im Jahr für CSU-Mitglieder, € 20,- im Jahr für Nicht-CSU-Mitglieder (Stand: 01/2002).

Ich bin damit einverstanden, dass der jeweils gültige Jahresbeitrag bei Fälligkeit von meinem Konto abgebucht wird:

Konto-Nr.

Bank/Sparkasse

in

BLZ

Diese Erklärung gilt bis auf weiteres. Ein jederzeit möglicher Widerruf erfolgt schriftlich.

Datum

Unterschrift

Schicken Sie Ihre Beitrittserklärung an den

Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik

Franz-Josef-Strauß-Haus

Nymphenburger Straße 64

80335 München

Telefon 089/1243-249

Telefax 089/1243-307

... oder an die E-Mail-Adresse

asp@csu-bayern.de

Homepage: <http://www.csu.de/arbeitskreis/asp>